

ZEITZEICHEN

Menschenjagd



Norbert Holst
über den Fall Assange

Ohne ihn wüssten wir zum Beispiel nicht, dass US-Soldaten im Irak bei einem spektakulären Angriff mit einem Apache-Hubschrauber zehn Zivilisten, darunter Journalisten, getötet haben. Doch nun sitzt Julian Assange im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh ein. Belmarsh wurde einst für Terroristen der IRA gebaut. Assange ist Publizist und Gründer der Enthüllungsplattform Wikileaks. Der Vorwurf gegen ihn: Verstoß gegen Kautionsauflagen. Nun wird er wie ein Schwerverbrecher in Isolationshaft gehalten. Am 24. Februar beginnt die Anhörung um das Auslieferungsbegehren der USA.

Ein fairer Prozess ist kaum zu erwarten. So hat die US-Regierung immer enormen Druck auf Länder ausgeübt, die in den Fall involviert waren. Etwa Schweden. Dort wurde Assange wegen angeblicher Vergewaltigung einer Frau beschuldigt. Doch zahlreiche Ungereimtheiten sind aufgedeckt worden. Unter anderem seien die Aussagen der Frau umgeschrieben worden, berichtet der UN-Berichterstatler für Folter, Nils Melzer, nach einem Blick in die Originalakten.

Der Zeitpunkt der angeblichen Vergewaltigung: August 2010. In den Monaten zuvor hatten Wikileaks, „Guardian“, „Spiegel“ und „New York Times“ immer wieder geheime Dokumente der US-Regierung zu den Kriegen im Irak und in Afghanistan veröffentlicht. Ein Zufall? Der Fall nahm mehrere Wendungen. Assange, mittlerweile in London, flüchte 2012 in die Botschaft Ecuadors, bekam Asyl. 2019 wurde ihm das Asyl entzogen. Die USA sollen mit großzügigen Zahlungen an Ecuador nachgeholfen haben. Die Polizei nahm den Australier fest.

Nun will ihn die US-Justiz. Gegen Assange liegen 18 Anklagepunkte vor. Würde er ausgeliefert und für schuldig befunden, drohen ihm bis zu 175 Jahre Haft. Der 48-Jährige ist nach einem Gesetz aus dem Jahr 1917 angeklagt – es ging darum, feindliche Geheimagenten mit ganzer Härte verfolgen zu können. Assange werden die Veröffentlichung von Geheiminformationen, Bedrohung der nationalen Sicherheit und Anstiftung zum Datendiebstahl vorgeworfen. In der Tat hat sich Assange in einem Punkt schuldig gemacht: Zahlreiche Dokumente wurden ohne Schwärzungen geleakt und haben möglicherweise Menschenleben gefährdet. Übrigens: Gegen die drei Presseorgane laufen keine Klagen.

Am Donnerstag haben nun 130 Politiker, Künstler und Journalisten die Freilassung von Assange gefordert. Sie fürchten um sein Leben. Sein Gesundheitszustand ist offenbar schlecht, Melzer spricht von typischen Auswirkungen „psychologischer Folter“. Tatsächlich erinnert der Fall an den gnadenlosen Umgang mit den Whistleblowern Chelsea Bradley und Edward Snowden. Es geht auch bei Assange darum, ein Exempel zu statuieren – um vom Leaken brisanter Informationen abzuschrecken.

norbert.holst@weser-kurier.de



Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Wer will, der kann



Markus Peters
über das Tempolimit

Egal, wie viele Unterschriften Gegner und Unterstützer einer generellen Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen auch gesammelt haben, egal, dass sich nicht einmal mehr der Allgemeine Deutsche Automobilclub eindeutig gegen ein Tempolimit positioniert, egal, dass sich die Mehrheit der Deutschen – laut aktueller ZDF-Umfrage 59 Prozent – für Tempo 130 ausspricht: Eine staatliche Reglementierung benötigt mehr als nur gesellschaftliche Akzeptanz. Ein solcher Eingriff benötigt eine klare, stichhaltige Begründung.

Bei genauer Betrachtung der Fakten spricht viel dafür, dass die Vorteile eines Tempolimits eher marginal und allenfalls symbolischer Natur sein dürften. Auch wenn das Modell des fürsorglichen „Nanny-Staats“ offensichtlich wieder mehr Anhänger findet, was nicht zuletzt in den Wahl- und Umfrageergebnissen der Grünen zum Ausdruck kommt: Jenseits gesetzlicher Reglementierung gibt es effektivere Mittel, erwünschte Lenkungswirkungen zu erzielen. Zum Beispiel die Fiskalpolitik. Eine kräftige Erhöhung der Mineral- und Kfz-Steuer (nach Gewicht) und Senkung der Pendlerpauschale für den Individualverkehr dürften erheblich höhere CO₂-Einspareffekte zur Folge haben als Tempo 130.

Problematisch ist, dass kaum valide Daten vorliegen. Durch ein Tempolimit lasse sich der gesamte CO₂-Ausstoß um maximal 0,5 Prozent senken, sagt eine Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 1999. Neuere Untersuchungen liegen

nicht vor, wären aber notwendig. Bis zu 1,5 Millionen Tonnen CO₂ könnten eingespart werden, mutmaßlich Klimaschützer. Zum Vergleich: Die Schließung eines durchschnittlichen Braunkohlekraftwerks spart rund 15 Millionen Tonnen CO₂. Das ist die zehnfache Menge. Auch unter Sicherheitsgesichtspunkten sind die positiven Effekte eines generellen Tempolimits übersichtlich: Die USA, mit einer Höchstgeschwindigkeit von bis zu 121 Stundenkilometern auf Autobahnen, verzeichnet eine dreifach höhere Zahl von Verkehrstoten je 100 000 Einwohner. Auch der europaweite Vergleich

Unter Sicherheitsaspekten müsste eher der Linksverkehr eingeführt werden.

bringt kaum weiter: Deutschland hat pro Milliarden gefahrener Kilometer denselben Anteil an Verkehrstoten wie Norwegen (beide 1,9) mit einer Höchstgeschwindigkeit von 90 Stundenkilometern, marginal mehr als Frankreich (1,7/130 km/h) und die Schweiz (1,6/120 km/h). Belgien (2,9/120 km/h), Spanien (2,6/120 km/h) und Italien (3,1/130 km/h) liegen weit über den deutschen Zahlen. Mit Blick auf die Todesfälle auf Autobahnen müsste wohl eher der Linksverkehr als ein Tempolimit eingeführt werden, denn britische Motorways (1,0/113 km/h) sind weit sicherer als deutsche Schnellstraßen.

Ohnehin sind unter Sicherheitsaspekten die Autobahnen nicht das Hauptproblem. Von den 3275 Unfalltoten im Jahr 2018 starben 984 innerhalb geschlossener

Ortschaften, 2291 auf Landstraßen und 424 auf Autobahnen. Unbestritten ist aber, dass immer noch viel zu viele Menschen in Deutschland durch unangepasste Geschwindigkeit auf Autobahnen ums Leben kommen. 196 Fälle zählte die Bundesanstalt für das Straßenwesen im Jahr 2018. Es wäre allerdings ein Trugschluss zu glauben, dass sich dies nach Einführung eines Tempolimits entscheidend ändern würde. Denn Todesfälle durch unangepasste Geschwindigkeit wurden sowohl auf Autobahnabschnitten mit als auch auf Abschnitten ohne Limit registriert. Statistisch relevante Abweichungen zur einen oder anderen Seite sind bisher nicht zu beobachten.

Ohnehin ist die Diskussion um ein generelles Tempo 130 auf Autobahnen eine rückwärts gewandte Diskussion. Weil starke Geschwindigkeitsbegrenzungen nur eine trügerische Sicherheit vorgaukeln. Bei guten Sichtverhältnissen und geringer Verkehrsbelastung mag Tempo 130 angemessen sein, bei Regen, Nebel oder dichtem Verkehr kann eine Fahrt in derselben Geschwindigkeit in ein Himmel-fahrtskommando ausarten.

Warum nicht die Höchstgeschwindigkeit anhand objektiver Faktoren wie zum Beispiel Verkehrsdichte, Sichtverhältnisse, Unfälle, Baustellen, Umwelt- und Lärmbelastung ermitteln und auf zentral gesteuerte Schilderbrücken übertragen? Im Zeitalter der Digitalisierung ist das kein Hexenwerk. Wer unbedingt an einem sonnigen Sonntagmorgen auf der A 31 zwischen Meppen und Leer auf einer leeren Bahn mal so richtig aufs Gaspedal drücken will: Wohlan, so lasse man ihn denn fahren. Und wer Tempo 130 einhalten will: Es ist schon heute keineswegs verboten, sich an die Richtgeschwindigkeit zu halten. Wer will, der kann.

markus.peters@weser-kurier.de

The Times (London)

über China und das Coronavirus: „Im Ergebnis ist das wichtigste Gut unterminiert worden, das es bei einem öffentlichen Gesundheitsnotstand gibt: Vertrauen. Ohne Vertrauen geraten Menschen in Panik oder reagieren irrational. Bisher gibt es immer noch zu viele offene Fragen über die Krise in Wuhan. Wie viele andere medizinische Mitarbeiter haben sich mit dem Virus infiziert? Wie viele andere jüngere Menschen, die keine vorherigen Komplikationen hatten, sind wie der Arzt Li Wenliang gestorben? Peking klagt, andere Länder hätten überreagiert indem sie die Grenzen zu China schlossen und Flüge aussetzten. Stattdessen sollte China lieber darüber nachdenken, welche Rolle die eigene Geheimhaltung und die Unterdrückung von Informationen in dieser Krise gespielt haben.“

De Standaard (Brüssel)

über den Umgang mit radikalen Parteien: „In Spanien hat es die junge ultrarechte Partei Vox überraschend schnell geschafft, ins politische System aufgenommen zu werden. In verschiedenen Regionen regiert eine Koalition mit Duldung von Vox. In Deutschland wiegt die Last der Geschichte weit schwerer. Selbst eine stillschweigende Duldung durch Ultrarechte war für eine Koalition der Mitte bis zur vergangenen Woche völlig undenkbar. (...) Um ihr Schicksal selbst bestimmen zu können, sollten die Parteien der Mitte vor allem an ihrer Relevanz und Glaubwürdigkeit arbeiten.“

Nepszava (Budapest)

über die politische Situation in Ungarn: „Zum einen lässt sich Ministerpräsident Viktor Orbán weiter nicht davon abbringen, innerhalb der Parteienfamilie eine ‚konservative Revolution‘ anzuzetteln; weiter will er in deren Fahrwasser möglichst viele Mitgliedsparteien davon überzeugen, ihm zu folgen, falls (seiner Regierungspartei) Fidesz am Ende doch aus der EVP rausgeworfen wird; und schließlich versucht er im Hintergrund ein neues Parteienbündnis (mit weiter rechts stehenden Kräften) zu schmieden, in das er und sein Gefolge eintreten können, falls es doch irgendwann zum Bruch mit der EVP kommt.“

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:
Bremer Tageszeitungen AG
Brieferschrift: 28189 Bremen
Hausanschrift: Martinstraße 43, 28195 Bremen.

Chefredakteurin: Silke Hellwig
Mitglied der Chefredaktion/Leiter Digitales: Philipp Jaklin
Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs - Leiter Zentralredaktion und Politik
Markus Peters - Bremen/Niedersachsen: Maren Beneke und Joerg Helge Wagner - Kultur: Iris Hetscher - Wirtschaft: Philipp Jaklin (komm.) - Sport: Mathias Sonnenberg - OSTERHOLZER KREISBLATT: Antje Borstelmann - DIE NORDDEUTSCHE: Michael Brandt - WÜMME-ZEITUNG: André Fesser - ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land: Kai Purschke - SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU: Eike Wienberg (komm.) * DELMENHORSTER KURIER: Andreas D. Becker * Büro Berlin: Georg Ismar - Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Brüssel: Detlef Drewes - Büro London: Katrin Pribyl - Büro Paris: Birgit Holzer - Büro Washington: Thomas Spang
*PresseDienst Nord GmbH

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 74. Keine Gewähr für fernmündlich aufgegebenen Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

| | |
|---|------------------------|
| Verlag | Telefon: 0421/36710 |
| | Telefax: 0421/36711000 |
| E-Mail: redaktion@weser-kurier.de | |
| Anzeigenannahme | Telefon: 0421/36716655 |
| Kleinanzeigen | Telefax: 0421/36711010 |
| Anzeigen | Telefax: 0421/36711100 |
| E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de | |
| Abonnenten-Service (9 bis 12 Uhr) | Telefon: 0421/36716677 |
| | Telefax: 0421/36711020 |
| E-Mail: abonnentenservice@weser-kurier.de | |

Parteien und Wissenschaftler haben unterschiedliche Rollen

Lothar Probst
über klimafreundliche Politik

Leere Worte hat Greta Thunberg in Davos der politischen und ökonomischen Weltelite vorgeworfen. Es gehe darum, endlich auf die Wissenschaft zu hören und die Klimapolitik radikal zu ändern. Obwohl es seit Jahrzehnten warnende Stimmen seitens der Wissenschaft gibt, hat es die Politik tatsächlich verschlafen, geeignete Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Die Einforderung einer unmittelbaren Umsetzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in das politische Handeln entspricht jedoch einem zu mechanischen Verständnis von Politik. Wer glaubt, dass Politik kraft ihrer Autorität nur die

richtigen Hebel umlegen muss, um die von der Wissenschaft als notwendig erachteten Ergebnisse zu erzielen, übersieht die Natur politischer Prozesse und die unterschiedlichen Rollen von Politik und Wissenschaft. Wissenschaftler können ihre Erkenntnisse mitteilen, Alarm schlagen und die Politik beraten, aber sie können nicht die Rolle von gewählten und politisch legitimierten Parteien übernehmen. Diese müssen in der Demokratie die Öffentlichkeit von der Richtigkeit ihrer Politik überzeugen und Mehrheiten für politische Entscheidungen gewinnen. Das ist in einer fragmentierten, durch unterschiedliche Interessen geprägten Gesellschaft ein schwieriges Unterfangen – vor allem wenn es um Entscheidungen geht, die den Status quo infrage stellen und mit tief greifenden gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen.

Parteien sind deshalb gut beraten, ihre Politik nicht mit der Brechstange gegen und ohne die Gesellschaft durchzusetzen. Wenn der politische Entscheidungsprozess dem Diktat des wissenschaftlich Notwendigen unterworfen wird, besteht die Gefahr, dass die Politik autoritär wird und zwar im doppelten Sinne, denn der Ruf nach radikalen Veränderungen ruft auch radikale Gegenbewegungen hervor. Eine wissenschaftsbasierte Klimapolitik ist nicht so selbstverständlich, dass sie alle überzeugt, sonst müssten in den meisten Ländern grüne Parteien an der Regierung sein. Gleichwohl verfügt die Politik über mehr Handlungsspielräume als sie gegenwärtig wahrnimmt. Große Reformvorhaben wurden in der Geschichte der Bundesrepublik immer gegen große Widerstände durchgesetzt. Die Politik muss deshalb eine Füh-

rungsrolle übernehmen und eine klimafreundliche Politik unter anderem durch geeignete institutionelle Arrangements stützen, etwa durch die Einsetzung eines paritätisch mit Politikern, Bürgern und Experten besetzten Klimarates, der die Einhaltung der Ziele der Klimakonferenz von Paris überwacht.



FOTO: LOTHAR PROBST

Unser Gastautor war bis März 2016 Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.